

Von Paul Katzenberger

Seinen Nachnamen will Nikolajs nicht nennen. Aber seinen Ärger will der 74-Jährige schon an die Öffentlichkeit tragen, weswegen er sich in dem investigativen Nachrichtenmagazin „De Facto“ des lettischen Fernsehsenders LTV1 nur unter seinem Rufnamen äußert: „Ich weiß nicht, wen ich hier störe. Ich verstehe das nicht“, klagt er.

Nikolajs gehört zu den knapp 500 russischen Staatsbürgern, denen seit vergangener Woche die Zwangsabschiebung aus ihrer Heimat Lettland droht. Bis zum 13. Oktober hätte er das Land verlassen müssen, weil er es bis zum 30. Juni nicht geschafft hat, einen obligatorischen Test der lettischen Sprache und eine Sicherheitsprüfung erfolgreich zu absolvieren. Nun gilt er offiziell als illegaler Ausländer.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hat Lettland seine angestammte Abwehrhaltung gegen Russland deutlich verschärft. Die Befürchtung, dass Moskau Teile der russischen Minderheit nun noch stärker dafür einsetzen könnte, das Land zu destabilisieren, ist auch nicht ganz unbegründet. So belegten etwa Dokumente, die im Januar 2024 durchsickerten, dass Tatjana Ždanoka, die langjährige Vorsitzende der Partei „Lettlands Russische Union“, sich nicht nur für die Belange der ethnischen Russen im Land eingesetzt hatte, sondern mindestens seit 2004 Agentin des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB war.

Dass das lettische Parlament, die Saeima, im September 2022 eine Novelle des Ausländergesetzes verabschiedete, mit der es die Rechte von russischen Staatsbürgern mit Wohnsitz in Lettland erheblich einschränkt, ist unter diesem Aspekt vielleicht nachvollziehbar. Wer von diesen circa 25.000 bis 30.000 Menschen in dem Land bleiben wollte, musste unter anderem Kenntnisse der lettischen Sprache auf dem Niveau A2, dem zweitniedrigsten Schwierigkeitsgrad unter sechs Kategorien, nachweisen. Außerdem waren Sicherheitsprüfungen zu bestehen und bis vergangenen Juni musste ein Daueraufenthalt in der EU beantragt werden.

Keine lettische Rente mehr

Die meisten Betroffenen fügten sich den neuen Auflagen, während 2600 von ihnen Lettland freiwillig verließen. Doch genau 841 Menschen hätten die Fristen versäumt, erklärte Madara Puke, Sprecherin des Amtes für Staatsbürgerschaft und Migration (PMLP), gegenüber der US-Zeitung „Politico“.

Am Stichtag der verordneten Ausreise, dem 13. Oktober, verringerte Puke gemäß einem Bericht des lettischen Nachrichtenportals „delfi“ die Zahl jener, die mit einer Zwangsabschiebung rechnen müssen, auf 483 Betroffene. Denn es seien noch 358 gültige Anträge für eine Aufenthaltserlaubnis eingegangen. Die Antragsteller hatten offensichtlich von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich nach einem nicht bestandenen Sprachtest zu einer Nachprüfung anzumelden. Deren Bestehen kann noch bis zum 31. Oktober nachgewiesen werden.

Den restlichen 483 russischen Staatsbürgern werden nun aber die Sozialleistungen gestrichen und Rentenzahlungen gestoppt. „Erst wenn keine Rente mehr kommt, merken sie, dass etwas nicht stimmt“, sagte PLMP-Abteilungsleiterin Maira Roze dem lettischen Fernsehsender TV3. „Dann fragen sie: ‚Warum bekomme ich kein Geld?‘ Wir sagen: Sie haben keine Aufenthaltserlaubnis mehr.“

Wer trotzdem bleibt, muss jeden Tag damit rechnen, dass die Polizei vor der Tür steht, um eine „aufenthaltsbeendende Maßnahme“ durchzuführen, wie es in der Amtssprache heißt. Die Namen der Betroffenen wurden an die lettischen Grenzschutzbehörden übermittelt. Trotz aller Sicherheitsbedenken ist



Insbesondere ältere Russen haben Schwierigkeiten mit der lettischen Sprache. FOTO: IMAGO/VICTOR LISITSYN

von Moskau unkompliziert und kostenlos ermöglicht wurde. Dass mit der Erlangung der russischen Staatsbürger der Anspruch auf eine Rente aus Russland einherging, spielte auch eine Rolle.

Anfang 2025 besaßen rund 31.000 Nichtbürger die russische Staatsbürgerschaft. Wer von ihnen den erforderlichen Sprachtest und die Sicherheitsprüfungen, bei denen etwa sogenannte „anti-lettische“ Postings in sozialen Netzwerken ein K.o.-Kriterium darstellen, nicht erfolgreich bis zum 30. Juni abgelegt hat, ist und nun von einer Zwangsausweisung bedroht.

Das „Latvian Human Rights Committee“, das sich für die Rechte der russischen Minderheit in Lettland einsetzt, wies in einem Schreiben an den UN-Menschenrechtsausschuss vom Mai 2025 darauf hin, dass es sich bei diesem Personenkreis um viele alte Menschen handle. Von den 25.317 Betroffenen seien 65 Prozent mindestens 60 Jahre alt.

Das erklärt die Schwierigkeiten, die die meisten Prüflinge haben, die Tests trotz ihres verhältnismäßig geringen Schwierigkeitsgrads zu bestehen. Laut der Abteilung für staatliche Sprachprüfungen der lettischen Agentur für Bildungsentwicklung (VISC) fielen in diesem Jahr 70 Prozent der Probanden durch.

„Warum sollte ich gehen?“

So wie etwa auch Nikolajs mit seinen 74 Jahren. Er ist Rentner, arbeitet aber noch als Mechaniker bei einer Firma in der Hauptstadt Riga. Obwohl er seit 37 Jahren in Lettland lebt, spricht er kein Lettisch. Er sei immer mit Russisch über die Runden gekommen, sagt er. Er besucht jetzt Lettischkurse. Aber mit der komplexen Sprache mit ihren sechs grammatikalischen Fällen tut er sich schwer.

Nachdem Nikolajs den Sprachtest beim ersten Mal nicht bestanden hat, wartet er gerade auf das Ergebnis des zweiten Versuches. Bei dem Gedanken, dass er ausgewiesen werden könnte, kommen ihm seine Kinder und Enkelkinder in den Sinn: „Alle arbeiten zum Wohle Lettlands. Und ich arbeite auch. Warum sollte ich gehen?“, fragt er verständnislos.

Während die lettische Regierung betont, dass es sich um eine rechtlich begründete Maßnahme handle, kritisiert Russland die drohende Zwangsausweisung der 483 russischen Staatsbürger scharf.

Duma-Sprecher Wjatscheslaw Wolodin bezeichnete die EU als ein „Gefängnis für Nationen“ und beantragte in der vergangenen Woche eine Sondersitzung. Danach veröffentlichte das Unterhaus des russischen Parlamentes eine Erklärung: „Die unmenschliche Verschärfung der Anforderungen an die russische nationale Minderheit hat in erster Linie ältere Menschen getroffen, denen es aus objektiven Gründen unmöglich ist, sich dem demütigenden Verfahren zu unterziehen“, heißt es in der Stellungnahme. „In ihrer fanatischen Russophobie sind die lettischen Behörden so weit gegangen, dass sie sogar von Gehörlosen und Blinden Kenntnisse der Landessprache verlangen. Mehrere ältere Menschen sind während der Prüfung zur Überprüfung ihrer lettischen Aufenthaltsgenehmigung gestorben, und es gab Selbstmorde unter denen, die die Prüfung nicht bestanden haben.“ Russland werde seine deportierten Bürger in ihrer historischen Heimat mit allen notwendigen Hilfsmaßnahmen unterstützen.

Brüssel hüllt sich zu den Vorgängen in dem EU-Mitgliedsland unterdessen in Schweigen. Weder die Europäische Kommission noch das Europäische Parlament äußerten sich bislang öffentlich zu dem Sachverhalt. Eine Anfrage ließ die EU-Kommission unbeantwortet.

LETTLAND UND SEINE NICHTBÜRGER

Das baltische Land ist ihre Heimat, doch sie besitzen einen russischen Pass. Rund 500 von ihnen müssen Lettland nun nach geltender Rechtslage verlassen, weil sie einen Sprachtest nicht bestanden haben. Moskau schäumt, die Europäische Union hüllt sich in Schweigen.

das eine ungute Situation. Denn es geht um Menschen, die aus einer Lebenssituation gerissen würden, die in den meisten Fällen seit Jahrzehnten und zuweilen seit ihrer Geburt besteht. Dass sie nun in diese verzweifelte Lage geraten sind, lässt sich durch Lettlands Umgang mit seiner sowjetischen Vergangenheit erklären.

Seit der Annexion des Landes durch die Sowjetunion im Jahr 1940 unter dem damaligen Staatsführer Josef Stalin waren Hunderttausende Russen, Ukrainer, Belarussen in die damalige Lettische Sozialistische Republik umgesiedelt, bis diese 1991 unabhängig wurde.

Russe oder Nichtbürger

Das geschah, weil der Kreml das Ziel verfolgte, das bis dahin agrarisch geprägte Land zu industrialisieren. Da es unter den einheimischen Letten zu wenig Beschäftigte in der Industrie gab, wurden Arbeiter vor allem aus Russland in den 1940er und 1950er Jahren in die baltischen Republiken Litauen, Lettland und Estland „dienstlich abkommandiert“.

In den 1960er Jahren war in der Region einer der am stärksten industrialisierten Landstriche der Sowjetunion entstanden. Arbeiter aus anderen Teilen des riesigen Staates wurden von da an durch Anreize wie bessere Wohnbedingungen, höhere Gehälter und sichere Beschäftigung in Großbetrieben angeworben.

Diese neuen Bewohner und Bewohnerinnen übernahmen auch

lukrative Verwaltungsposten und lebten häufig in den Industriezentren, besonders im Osten Lettlands. Daugavpils, heute mit 79.000 Einwohnern und Einwohnerinnen die zweitgrößte Stadt des Landes in der Nähe der Grenze zu Belarus, ist immer noch sehr russisch geprägt.

Anfang 2025 lag die Zahl der russischsprachigen Einwohner bei rund 434.000. Das war fast ein Viertel der Bevölkerung von insgesamt 1,8 Millionen Menschen. Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1991 stand die lettische Politik vor der Herausforderung, die eigene nationale Identität weiterzuentwickeln, und grenzte viele der sowjetisch-russisch geprägten Einwohner aus.

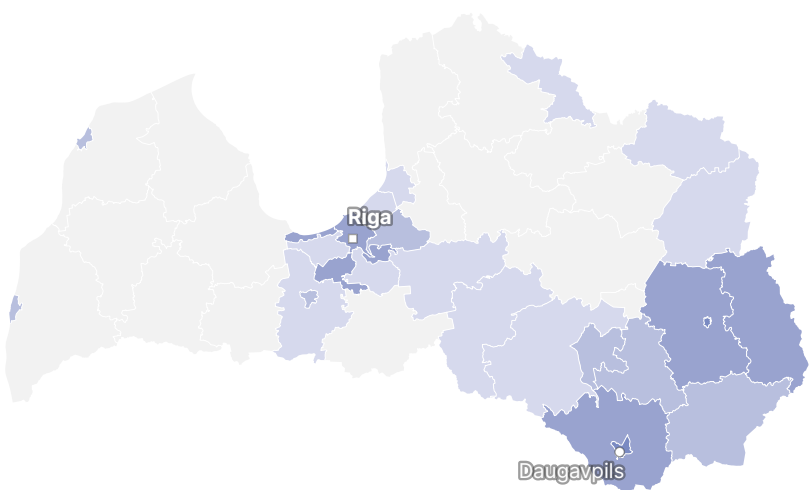
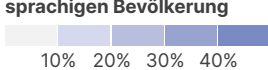
Jene Menschen aus der russischsprachigen Bevölkerung, deren Vorfahren oder sie sich selbst erst seit 1940 auf dem Gebiet des heutigen Lettlands angesiedelt hatten, erhielten in den 1990er Jahren zunächst nicht automatisch die Staatsbürgerschaft, sondern den Status sogenannter „Nichtbürger“ – Personen mit dauerhaftem Wohnrecht, aber ohne Wahlrecht oder Zugang zu bestimmten Berufen. Heute leben laut lettischem Statistikamt noch immer rund 166.000 Nichtbürger in dem baltischen Staat.

„Anti-lettische“ Postings

Knapp 15 Prozent der ursprünglichen Nichtbürger wollten nicht in dem prekären Status der Staatenlosigkeit verharren und entschieden sich dafür, die russische Staatsbürgerschaft anzunehmen, die ihnen

Lettlands russische Minderheit

Anteil der russischsprachigen Bevölkerung



Grafik: Kühne/RND • Quelle: Zentrales Statistikamt Lettlands